

Sächsische Chronik

„Freiheit, die ich meine...“

Den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ wird geschrieben: Im Artikel 148 der Reichsverfassung wird gefordert: „Beim Unterricht in öffentlichen Schulen ist Bedacht zu nehmen, daß die Empfindungen Andersdenkender nicht verletzt werden.“ Die Borkämpfer der weltlichen Schule betonen immer wieder, daß sie besonders nach dieser „selbstverständlichen Moral der Toleranz“ handeln würden. Einen Borgeschmack davon konnte man erhalten bei einem der „Unterhaltungsabende“, den die „weltlichen Elternräte“ zusammen mit dem Leipziger Lehrerverein kurz vor der Elternratswahl in den Reichshallen in E.-Vollmarsdorf abhielten. Daß der Schulleiter H. die Neujahrsrede des Oberbürgermeisters kritisierte, nahm nicht weiter wunder. Schon verlebender mühten auf manche der eingeladenen Eltern, unter denen sich — da alle eingeladen waren — auch christlich eingestellte befanden, die „heiligeren Reaktionen“ wirken, in denen Einrichtungen und Angelegenheiten der Kirche lächerlich gemacht wurden. Aber die „stürmische Heiterkeit“ der zumeist anwesenden „Weltlichen“ erreichte ihren Höhepunkt, als der Lehrer W. sich — auf übrigens schon schwach skizzierten Zeichenbättern — als Schnellmaler produzierte, indem er „Frühens Werdegang von der Wiege bis zur Bahre“ mit den entsprechenden Versen darstellte. So hieß es bei der Taufe: Schreit das Kind den ersten Ton — Rah! sich auch der Pastor John; — Die Taufe hat nur einen Zweck: — Sie löst ihm ein den ersten Schreck! — Schulengang: Der Vater sagt zu seinem Sohn: — Ich schließe dich in Religion; — Denn ich weiß es ja ganz genau: — Sonst wirst du mir zu schlaul! — Konfirmation, wobei der Herr Lehrer und Schnellmaler zu dem Geistlichen, der die Hände segnend dem Kinde aufs Haupt legt, die Bemerkung macht: „Nur immer feste drücken!“ und fortfährt: „Die Zeit der „Schlipse!“ Und die Gesangbuchindustrie — Erseufte sich die Zeit wie noch nie!“ — Beim Lehrern, der zu einem „kräftigen Wink“ anholt: „Wenn's auch noch so wehe tut, — Der liebe Gott meint's mit mir gut!“

Das ist die kulturpolitische Toleranz der Vertreter der weltlichen Schule, die auf dem Kieler Parteitag so großartig verkündet worden ist. Wir glauben, daß die Theorie von Kiel die Praxis von Leipzig-Vollmarsdorf und anderen unberühmten Orten nicht ändern wird. Diese Praxis aber ist es, auf die es allen ankommt. Gegenüber solchem Liebermut der „Weltlichen“ müssen sich die christlichen Eltern aller Bekenntnisse zu einer lückenlosen Abwehrfront zusammenschließen!

Kennst man das Sächliche?

Wir müssen leider immer wieder darauf zurückkommen. Täglich laufen bei uns neue Beweise der „Sächlichkeit“ des Evangelischen Bundes in der Konkordatsfrage ein. Man lese z. B. folgendes bezahlte Inserat in der „Zittauer Morgenzeitung“:

„Wir wollen kein Konkordat!“

Römische Herrschaft will sich Vorteile sichern, ihre geistliche Schulaufsicht gesichert wissen, das staatliche E. herab abändern nach den Vorschriften ihres Römischen Kirchenrechts (Mischeheparagraf), unbeschränkte Freiheit haben für das Röm. Ordenswesen in Deutschland, das Werk ihrer Gegenreformation fähigen, deutsches Geistesleben nach Grundfragen leiten, die der Reformation unseres Luther fremd sind. Wir dürfen nicht die evangelische Mehrheit unterdrücken lassen, nicht eine außerdeutsche, lutherfeindliche Macht hineintragen lassen in deutsche Belange. Darum protestiert, evangelische und deutsche Christen, gegen das unheim deutsche und evangelische Wesen fremde Konkordate! Listen zur Namensunterschrift liegen aus beim Fest des Evangelischen Bundes heute Sonntag vormittag in der Sakristei der Weberskirche nach den Gottesdiensten, in der Klosterkirche nach dem Festgottesdienst heute nachmittag und beim Familienabend im „Sächsischen Hof“, sowie bis Ende Mai im Evangelischen Vereinshaus bei den Hauseltern Bau!

Der Evangelische Bund, Zittau.

Nicht eine außerdeutsche, lutherfeindliche Macht hineintragen lassen in deutsche Belange.“ So heißt es, wenn die deutschen Katholiken ihre kirchlichen Beziehungen zum Staate rechtlich geordnet wissen wollen! Diese Auslassungen des Evangelischen Bundes erinnern an die schlimmste Hehe gegen den „Ultramontanismus“. Wenn dann Vertreter des Evangelischen Bundes noch glauben, daß man es hier mit einer sachlichen Auseinandersetzung über das Konkordat zu tun habe, so lasse das wer kann! Wir weisen derartige Methoden, wie sie öfters insoweit wiederum zum Ausdruck bringt, sehr entschieden zurück. Wir werden unser Recht und unsere Ziele offen und gerade weiter verfolgen und bedauern nicht, daß von links oder rechts sehr erregte Leute mit „sächlichen“ Steinen nach uns werfen.

Feuilleton Fronleichnam

Dieses Brot sollst du erheben,
Welches lebt und gibt das Leben,
Das man heut den Christen zeigt,
Dieses Brot, das einst im Saale
Christus selbst beim Abendmahls
Seinen Jüngern dargereicht.

Was von Jesus dort geschehen,
Sollen wir wie er begehen,
Dankbar feiernd seinen Tod.
Uns zum Heile, ihm zur Ehre
Weihen wir nach heiliger Lehre
Hier zum Opfer Wein und Brot.

Guter Hirte, nähr uns Arme,
Gib uns Freude, fern vom Harne
Dort im Land der Lebenden.
Daß uns einst als Mitgenossen
Deines Erbes unerschlossen
Sehn das Land der Heiligen!

Thomas von Aquin († 1274)

Gloria mundi

Der vielseitige Literat und Politiker E. G. Mastermann hat kürzlich den Führern des öffentlichen Lebens in England das Horoskop des Nachruhm gestellt. Seine Frage ist: Was wird von all diesen Größen übrig sein, Hebia oder hun-

Nach Wiederaufnahme der Arbeit

Der sächsische Landtag — Fragen der Sozialversicherung — Um die Rentabilität der Staatsgüter — Gegen die Posttarifierhöhung

Dresden, 15. Juni.

Der Sächsische Landtag hielt am gestrigen Dienstag, wie schon kurz gemeldet, seine erste Vollsitzung nach der Pfingstpause ab. Zu Beginn fehlten die Mitglieder der bürgerlichen Parteien, was der Linken Anlaß zu höhnischen Bemerkungen gab. Zunächst verliest der Schriftführer ein Schreiben des Ministerpräsidenten an den Landtagspräsidenten, durch das mitgeteilt wird, daß die bürgerlichen Minister um Enthebung von ihren Ämtern gebeten haben. Eine Entscheidung auf dieses Ersuchen habe der Ministerpräsident noch nicht treffen können. Er habe die Herren gebeten, ihre Ämter bis auf Weiteres fortzuführen. Dazu macht der Abg. Wötcher (Kom.) die Mitteilung, die kommunistische Fraktion habe einen Antrag auf Auflösung des Landtags eingebracht. Den bürgerlichen Parteien sei es nicht gelungen, eine Regierung zustande zu bringen. Mit dem „Ruhhandel“ müsse es aufhören. Die Regierungskrise zeige sich in einer ekelhaften Kauferei um die Ministerstellen. Seine Partei werde gegen diese Regierung den schärfsten Kampf führen. Er beantragte sofortige Beratung des Auflösungsantrages. Abg. Wötcher muß sich aber vom Präsidenten belehren lassen, daß der Auflösungsantrag, der ja noch gar nicht gerichtet vorliegt, erst die Tagesordnung vom nächsten Donnerstag an zweiter Stelle zieren werde. Die Sozialdemokraten erklären sich durch Abg. Liebmann damit einverstanden, da dann der Auflösungsantrag zugleich mit dem sozialdemokratischen Mißtrauensantrag gegen den Ministerpräsidenten Heide und den Arbeitsminister Eisner verbunden werden können. In solchen Fällen ist man immer für Vereinfachung.

Nach diesem Vorspiel nahm man — so als wäre nichts geschehen, — die Arbeit dort wieder auf, wo man sie vor Pfingsten verlassen hatte: Etatberatungen, Kap. 35 Reichsversicherung und Reichsverforgung. Der Ausschuß (Berichterst. Abg. Müller, Mittweida, Soz.) beantragte, beim Reiche dahin zu wirken, daß den in der Krankenversicherung erlittenen Arbeitnehmerinnen im Freistaat Sachsen, die entbunden und 8 Wochen vor der Niederkunft die Arbeit aufgegeben haben, eine besondere Beihilfe von 2 RM. für jeden Kalendermonat der Nichtarbeitszeit bis zur Niederkunft gewährt wird. Weiter beantragt der Ausschuß u. a.: Den Oberversicherungsämtern mit Versorgungsgerichten mehr Personal zur Verfügung zu stellen; darauf zu achten, daß den Versicherungsbehörden durchgebildetes im Sozialwesen erfahrenes Beamten- und Angestelltenpersonal zur Verfügung gestellt wird; eine Erhöhung des festgesetzten durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes in der Landwirtschaft zu veranlassen. — Abg. Frau Thümmel (Soz.) fordert Gewährung ausreichender Beihilfe für schwangere Arbeiterinnen und Mädchen. Der Ausschußantrag bedeute ein Vergrößerung erster Klasse. Ihre Partei verlange Einstellung von 1 Million RM. für diese Zwecke. Abg. Müller, Chemnitz (N.-Soz.), erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zu den Mehrheitsanträgen und beantragt Wiederherstellung des Antrages seiner Partei auf Einstellung von Mitteln in den Etat zur Gewährung von täglich 2 Mark (statt 1,50 Mk.) an schwangere Frauen und Mädchen.

Von deutschnationaler Seite wurde erklärt, man werde sich mit der Verneinung der Versicherungsämter in dem von der Regierung geforderten Umfange abfinden unter der Bedingung, daß eine Aufstellung über die Tätigkeit der Versicherungsämter dem Landtag vorgelegt werde. Nicht einverstanden sei die Partei mit der Ausstellung einer Vankovollmacht an die Regierung zur eventuellen Einstellung von weiterem Personal bei den Oberversicherungsämtern, auch nicht damit, daß zu Vorsitzenden der Spruchkammern auch solche Personen bestellt würden, die an Stelle der Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst oder Richterdienste eine besondere Vorbildung oder Erfahrung in der Reichsversicherung aufweisen. — Abg. Voigt (D.Vp.) verlangt vor allem, daß bei den Versicherungsbehörden nur besonders geschultes, ausgewähltes Beamtenmaterial eingestellt werde. Weiter tritt er für die Mehrheitsanträge ein und erklärte, die Regierung habe ihre Vorlage im vollen Einvernehmen mit den Leitern der Versicherungsämter aufgestellt. — Abg. Schminde (K.) wendet sich gegen die Zentralisierung der Krankenversicherung und tritt für eine Vermehrung des Beamtenapparates bei den Versicherungsämtern ein.

Finanzminister Weber erklärte, das Finanzministerium sei nicht in der Lage, den Antrag auf Einstellung von Mitteln für Schwangere-Beihilfen auszuführen. Es handle sich um eine reine Reichsangelegenheit, denn die Entschädigungen seien in der Reichsversicherungsordnung geregelt.

In der hierauf folgenden Abstimmung wird der vom Finanzminister abgelehnte Entschlößungsantrag des Ausschusses angenommen. Im übrigen finden die Ausschüsse keine Trage mit wechselnden Mehrheiten Annahme.

Es folgte die Beratung des Kapitels 3

Landwirtschaftsbetriebe.

Verbunden damit wurde ein deutschnationaler Antrag auf Verpachtung der Staatsgüter. Abg. Dentschel (Wirtsch.) beantragt als Berichterstatter des Ausschusses, die Regierung zu ersuchen, die landwirtschaftlichen Betriebe des Staates nicht zu verpachten, sie im Gegenteil weiter als Versuch- und Beispieldarstellungen auszubauen und in staatlicher Regie zu betreiben. Weiterhin die Regierung zu ersuchen, den volkswirtschaftlichen Ausschuß unverzüglich zu beauftragen, die Frage einer anderen Bewertung- und Verwendungsmöglichkeit der einzelnen Staatsgüter (Verpachtung, Pachtadministration, bäuerliche und Arbeiterfietzung, Verkauf usw.) eingehend zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten, ferner die Staatsgüterbewirtschaftung so zu gestalten, daß sie keine dauernde Belastung für die Staatsfinanzen bedeute. Namens der Wirtschaftspartei beantragt der Redner die dem Wirtschaftsministerium unterstehenden Güter oder Gutteile, die eine rentable Bewirtschaftung nicht gewährleisten, für Siedlungszwecke oder zur Verstärkung angrenzender kleinbäuerlichen Besitzes zu verwenden oder aber zu verpachten. Abg. Schreiber (Dnat.) vertritt den Antrag seiner Fraktion auf Verpachtung der Staatsgüter. Zwei oder drei der größten Güter könne man vielleicht vorläufig von Staats wegen weiter bewirtschaften, wenn sie keine Zuschüsse erfordern. Das Schwerkere müße man auf die Ausbildung der Jungbauern legen. Die landwirtschaftlichen Schulen bedürften reichlicherer Unterstützung.

Die Minderheitsanträge der Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei auf die Verpachtung der Staatsgüter werden abgelehnt. Der Landtag stimmt einem kommunistischen Minderheitsantrag zu, die Arbeitszeit für alle Arbeiter und Arbeiterinnen durchschnittlich auf 48 Stunden pro Woche festzusetzen, jedoch auf nicht mehr als 2400 Stunden im Jahre.

Abg. Dr. Voigt begründet einen volksparteilichen Antrag, zur

Förderung der Bodenkultur

und zum Zwecke der Beschäftigung Erwerbsloser, Zuzugnahme aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung zu stellen und darüber hinaus diese Kulturarbeiten aus Staatsmitteln zu fördern. Hierzu verliest Wirtschaftsminister Dr. Wilhelm eine längere Erklärung, in der auf die bisherigen Bestrebungen des Wirtschaftsministeriums auf Förderung der Bodenkultur hingewiesen wird. Der Antrag geht an den Reichsausschuß. Ihren Antrag auf Aufhebung des Rinderzuchtgesetzes haben die Deutschnationalen zurückgezogen, nachdem die Regierung ausreichende Erleichterungen zugesichert hat. Ein gleichlautender kommunistischer Antrag wurde auf Vorschlag des Ausschusses abgelehnt.

Die Einstellung zu Kapitel 34 Gewerbe- und Dampf-kessel-Aufsicht werden nach der Vorlage genehmigt. Ebenso die Kapitel Gewerbeakademie Chemnitz und Staatsbauinspektion. Schließlich kam noch die Frage der

Portoerhöhung der Reichspost

zur Erörterung. Die Wirtschaftspartei beantragte eine Gegenaktion. Ebenso fragt Dr. Kattner (Dem.) an, was die Regierung getan habe, um die angekündigte Tarifierhöhung der Post zu verhindern. Wirtschaftsminister Dr. Wilhelm erklärt, daß die sächsische Regierung bei der Reichsregierung Vorstellungen erhoben habe und ihren Einfluß weiter geltend machen werde. Der Antrag der Wirtschaftspartei wurde angenommen.

Nach 8½stündiger Beratung wurde diese erste Sitzung nach den Pfingstferien geschlossen. Am Donnerstag um 11 Uhr kommt zunächst der Mißtrauensantrag gegen den Ministerpräsidenten und Arbeitsminister, sowie der Auflösungsantrag gegen den Ministerpräsidenten und Arbeitsminister, sowie der Auflösungsantrag der Kommunisten zur Beratung.

Mutter und Kind

Es ist etwas Eigenes um die Erlebnisse des menschlichen Herzens. Nicht das Sensationelle, nicht das äußerlich Auffällige packt am innerlichsten die Welt der Gefühle. In einem unauffälligen Geschehen ruht oft die Gnade des Bestehens starker in uns als in Stunden lauter Weltbewegung. Nicht im Sturmwind ist der Herr, sondern im Säuseln des Windes.

So geht mir ein Bild nicht aus dem Sinn, das ich als Kind schaute, so unauffällig im Rahmen des Alltags, daß wohl kein anderer Notig davon nahm: ich sah ein kleines Mädchen, drei Jahre mochte es zählen, an der Hand des Vaters zum Krankenhaus gehen. Und ich wußte, daß dort die Mutter an einem unheilbaren Lungenleiden krank lag und man ihr baldiges Ableben erwartete. Da ging mir beim Anblick des Mädchens ein Stich durch das Herz, der in meinem Erinnern unverwundlich ist. Damals, selbst noch nicht wissend um des Lebens innerste Zusammenhänge, spürte ich im Miterleben das ganze Leid eines Kindes um die Trennung von der Mutter.

Seitdem sind zwei Jahrzehnte vergangen. Ich sah Kinderleiden in vernachlässigten Häusern, das tragische Geschick Elternloser in Fürsorgeanstalten, spürte die Sehnsucht der Kinder in Waisenhäusern, aber bei allem empfand ich immer wieder denselben Schmerz wie damals, als ich das kleine Mädchen zum letztenmal an Vaters Hand zur kranken Mutter gehen sah, und mehr und innerlicher hat mich nichts übermächtig an Kinderleid als das erste Erlebnis aus der Kindheit.

Ich habe mich oft gefragt, was in diesem Erlebnis eigentlich das erschütternde Moment war, mir unbewußt wirksam. Heute weiß ich es. Es ist zwischen Mutter und Kind ein enges Band, das ist das Vertrauen. Jede Regung des kleinen Menschen, der von ihrem Leben sich nährt, von ihren Impulsen bewegt ist, spürt die Mutter unter ihrem Herzen. Sind nicht aus dieser innigen Verbundenheit heraus ihr die geistigen Regungen des Kindes ebenso spürbar? Ja, die Mutter weiß um das innere Leben des Kindes wie um kein äußeres. Das eben ist das Wesen der Mütterlichkeit: sich dem andern Leben ganz einfühlen zu können. Kein Mensch kann je das Kind verstehen, wie die Mutter es versteht. Keiner darum kann es so führen und beraten. Gerade darum liegt in der frühen Trennung von Mutter und Kind etwas Schmerzhafteres als in vielen äußeren

dert Jahre nach ihrem Tode? Sein Maßstab ist ein dreifacher. Die Nachwelt erinnert sich derjenigen, die zu Lebzeiten die unendlichen Eigentümlichkeiten einer großen oder auch nur einer unbedeutendlichen Persönlichkeit entwickelten. Sie erinnert sich derjenigen, die in einem folgenschweren Ereignis, einer Kriegserklärung, der glücklichen Beendigung eines Krieges oder großen verfassungsmäßigen oder wirtschaftlichen Umwälzungen figurieren. Sie erinnert sich schließlich der Unglücklichen, der geköpften Monarchen, sowie der großen Unglücksbringer, Lord Norths zum Beispiel, der den Abfall Nordamerikas von England zuwegebrachte.

Es sind nicht viele, selbst bei einem so beweglichen Maßstab, der natürlich über die Ruhmwindigkeit der Größen von heute nichts besagt, denen Masterman eine relative Unsterblichkeit zumißt: Lord George Sayer, auch Asquith, Lord Greys Ansprüche sind zweifelhaft, — wenn er nicht so gänzlich ohne Anspruch auf Nachruhm wäre. Macdonald wird immer der erste sozialistische Premierminister Englands, vielleicht der erste und einzige gewesen sein. Lord Birkenhead, die jüngeren Chamberlains, selbst Balfour sind hoffnungslose Fälle. Churchill? Engländer sind meist viel strenger in ihrem Urteil über dieses glänzende Talent als festländische Kritiker. In Mastermans Augen hat Churchill nichts aufzuweisen, was ihn überdauern könnte, keine unerlöschliche Persönlichkeit, keinen großen Erfolg, nicht einmal einen katastrophalen Mißerfolg. „Ich erinnere mich“, erzählt er, „daß ich eines Tages mit Churchill in der Admiralität frühstückte, als er auf das Porträt eines betagten hüßlichen Mannes wies, das an der Wand hing, und mich fragte, wer das wohl sei. Ich hatte nicht die geringste Vorstellung. „Barham“, sagte er triumphierend. „Wer kann bloß Barham gewesen sein?“ fragte ich. Vor Kerger über meine Unwissenheit brauchte er auf. „Erster Lord der Admiralität“, erklärte er, „als Nelson bei Trafalgar siegte.“ Wie ich im weiteren Verlaufe des Frühstückes sah, hatte meine Unwissenheit ihn traurig gemacht. Denn damals (vor dem Kriege) dachte er daran, daß er Erster Lord der Admiralität während eines größeren und sensationelleren Trafalgar sein würde. Im Geiste sah er den Sieger in diesem Kampfe auf einer Säule auf dem Trafalgar Square posierend, während der einigermassen intelligente Besucher in der Admiralität ein Porträt anstarrte und fragen würde: „Wer kann bloß Churchill sein?“